



Dr. Rainer Wend

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Rainer Wend, MdB · Deutscher Bundestag · Platz der Republik 1
· 11011 Berlin

An die Mitglieder

der SPD Bundestagsfraktion

Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 ·
11011 Berlin

☎ (030) 227-731 31

FAX (030) 227-761 30

✉ rainer.wend@bundestag.de

Wahlkreis

Arndtstraße 8
33602 Bielefeld

☎ (0521) 17 29 69

FAX (0521) 17 76 42

✉ rainer.wend@wk.bundestag.de

Berlin, 20.6.2007

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kolleginnen und Kollegen

bei dem von Bundeswirtschaftsminister Glos vorgestellten Papier zum „Goldenen Schnitt 2012“ handelt es sich nicht um ein zukunftsweisendes Programm für eine gute Wirtschaftspolitik, sondern um ein Sammelsurium ideologischer Versatzstücke.

- Michael Glos ignoriert bewusst, dass die Politik unter Rot-Grün und die Agenda 2010 einen großen Beitrag zur derzeitigen guten Konjunktur- und Arbeitsmarktlage geleistet haben und reklamiert stattdessen den Wirtschaftsaufschwung allein für die Union. Dagegen führen selbst die uns nicht nahestehenden Wirtschaftsinstitute, wie zum Beispiel das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt zu einem guten Teil auf die Reformen der rot-grünen Bundesregierung zurück. Die durch die Hartz-Reformen eingeführten verstärkten Vermittlungsaktivitäten der Jobcenter führen nämlich dazu, dass es bei der guten Konjunktur zu einem kräftigeren Aufschwung am Arbeitsmarkt kommt als in früheren Jahren.
- Der Bundeswirtschaftsminister will gleichzeitig den Gesamthaushalt konsolidieren, staatliche Investitionen steigern und sowohl die Sozialabgaben als auch die Steuerlast senken. Für alle diese Maßnahmen sieht Glos einen finanziellen Spielraum von 70 Mrd. Euro, der angeblich dem Gesamtstaat bis 2012 zur Verfügung stehen soll. Dabei setzt er voraus, dass der derzeitige Aufschwung ungebrochen bis 2012 anhält. Glos unterstellt ferner, dass sich in der Arbeitslosenversicherung, der Rentenversicherung und der Krankenversicherung Überschüsse ansammeln, die ab 2009 für eine Abgabensenkung genutzt werden könnten. Bislang sehen Experten jedoch allein bei der Arbeitslosenversicherung Chancen auf die Bildung von Überschüssen.
- Das Papier beruht darüber hinaus auf einer falschen Analyse der jetzigen Wirtschaftslage, die die wirtschaftlichen Erfolge der Gegenwart lediglich auf "konsequente Angebotspolitik" zurückführt. Eine solch ideologische Fixierung auf die Angebotspolitik ist einseitig

und wird von den Tatsachen widerlegt. Glos übersieht, dass die gute Wirtschaftslage auch von Verbesserungen auf der Nachfrageseite getragen wird. Mit dem 25-Mrd.-Euro-Programm für Wachstum und Beschäftigung - einem Programm, das man wohl kaum der Angebotspolitik zurechnen kann - haben wir maßgeblich zum Aufschwung beigetragen. Allein das Programm zur energetischen Gebäudesanierung hat mit Darlehenszusagen von 9,4 Mrd. Euro entscheidende Wachstumsimpulse gesetzt. Der wirtschaftliche Aufschwung und der Rückgang der Arbeitslosigkeit zeigen: Nur das Zusammenspiel der von uns umgesetzten Reformen auf der Angebotsseite und die begleitende konsequente Förderung der Nachfrage führen zu einer Verbesserung von Wachstum und Beschäftigung.

- Der Bundeswirtschaftsminister fordert zudem, die Staatsquote zu senken. Er reiht sich damit in die Riege der CDU-Politiker ein, die in den letzten Jahren immer wieder eine Senkung der Staatsquote auf unter 40 Prozent gefordert haben. Eine wissenschaftliche Begründung für diese Schwelle gibt es allerdings nicht. Die deutsche Staatsquote, also das Verhältnis der Staatsausgaben zur gesamten Wirtschaftsleistung, ist im vergangenen Jahr mit 45,6 % auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken. In der Eurozone weisen nur noch Irland, Spanien und Luxemburg niedrigere Quoten auf. Auch das vermeintlich so wirtschaftsliberale Großbritannien liegt mit 44,1 % nur noch knapp vor der angeblich so staatsgläubigen Bundesrepublik. Außerdem kann kein nachweisbarer Zusammenhang zwischen der Staatsquote und dem Wirtschaftswachstum des jeweiligen Landes hergestellt werden. Luxemburg mit einer Staatsquote von 40,4 % und Großbritannien mit einer Staatsquote von 44,1 %, hatten in den Jahren von 2000 bis 2005 ein durchschnittliches Wachstum von 3,0 % beziehungsweise 2,5 %. Demgegenüber wuchs die Wirtschaft in Schweden durchschnittlich um 2,4 % und das bei einer Staatsquote von 55,3 %. Die Forderung nach einer weiteren Senkung der Staatsquote kann daher nicht nachvollzogen werden.

Das Papier des Bundeswirtschaftsministers gründet sich also auf nicht nachvollziehbare Annahmen und ideologische Ansätze, die wir in der Wirtschaftspolitik zu überwinden suchen. Stattdessen sollten wir gemeinsam und selbstbewusst die Prioritäten sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in den Vordergrund stellen.

Zukunftsinvestitionen

Investitionen in die Zukunft bilden die Grundlage für Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum in unserem Land. In diesem Bereich haben wir allerdings noch eine Menge Hausaufgaben zu machen, denn die Investitionsquote ist derzeit mit 1,3 % des BIP nur halb so hoch wie im EU-Durchschnitt. Wir müssen den dramatischen Rückgang der öffentlichen Investitionen stoppen und wieder mehr in die Zukunft investieren. Höhere Staatsinvestitionen sind daher dringend geboten.

Vor allem die Bereiche Bildung und Infrastruktur müssen besser ausgestattet werden. Nach der neuesten OECD-Studie belegen wir bei den öffentlichen Investitionen im Infrastrukturssektor im Vergleich mit 25 europäischen Staaten den vorletzten Platz. Bei den Ausgaben für die Bildung sieht es nur unwesentlich besser aus. Deutschland investiert 4,0 % des BIP für

das Bildungswesen. Nur die Slowakei und Griechenland geben im europäischen Vergleich weniger für Bildung aus. Dagegen investieren die Dänen in den Bildungssektor 8,3 % des BIP und damit mehr als das Doppelte unserer Ausgaben. Erfahrungen aus anderen Staaten zeigen allerdings, dass hohe Ausgaben für Bildung nicht automatisch mit einem qualitativ hochwertigen Bildungssystem gleichzusetzen sind.

In der Konsequenz heißt das für uns, nicht allein die Ausgaben zu erhöhen, sondern dafür zu sorgen, dass die getätigten Investitionen auch ihren originären Sinn erfüllen: nämlich eine gesteigerte Qualität der Bildung zu sichern.

Haushaltskonsolidierung

Bei allen Forderungen nach neuen Investitionen dürfen wir aber nicht unser Ziel aus den Augen verlieren, den Haushalt zu konsolidieren. Dieses Ziel ist kein Selbstzweck, sondern wichtiges Kennzeichen sozialdemokratischer Politik. Denn nur mit einer soliden Haushaltspolitik können wir die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand über die Konjunkturzyklen hinweg erhalten und damit unseren Kindern die Gestaltung ihrer Zukunft ermöglichen.

Das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes ist keinesfalls schon jetzt erreicht. Es besteht weiter die Gefahr, dass beim nächsten Abschwung der Konjunktur die Verschuldung wieder zunehmen wird. Deshalb müssen wir uns auch weiterhin in Haushaltsdisziplin üben und keine leeren Versprechungen machen, die später nicht eingehalten werden können. Gerade in der derzeitigen wirtschaftlich günstigen Situation müssen wir daher den Aufschwung nutzen, um beim Abbau der Neuverschuldung schneller voranzukommen.

Wettbewerbsfähiges Steuersystem

Darüber hinaus müssen wir für verlässliche Rahmenbedingungen sorgen. Das beinhaltet auch ein im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiges Steuersystem.

In diesem Bereich haben wir schon einiges erreicht:

- Mit der Steuerreform 2000 wurde das größte Steuersenkungsprogramm in der deutschen Nachkriegsgeschichte erfolgreich umgesetzt. Die Senkung des Eingangssteuersatzes auf 15 % und des Höchststeuersatzes auf 42 % entlasten alle Einkommensteuerzahler, insbesondere Arbeitnehmer und Familien mit kleinen und mittleren Einkommen sowie mittelständische Unternehmen. Die Steuerzahler werden durch die seit 1999 insgesamt in Kraft gesetzten steuerlichen Maßnahmen bis 2009 mit einem jährlichen Volumen von über 59 Mrd. € nachhaltig entlastet.
- Die Unternehmensteuerreform wird den derzeitigen Aufschwung ebenfalls unterstützen, indem die konjunkturelle Entwicklung verstetigt wird. Die Steuerbelastung der Unternehmen kommt mit knapp 30 % wieder in das europäische Mittelfeld.

Mit beiden Maßnahmen ist es uns gelungen, den Investitionsstandort Deutschland für Unternehmen und ausländische Investoren attraktiver zu machen.

Faktor Arbeit entlasten

Wir haben schon unter Rot-Grün dafür gesorgt, dass die Sozialabgaben trotz wirtschaftspolitisch schwierigerer Zeiten auf ein notwendiges Maß begrenzt werden konnten. 2007 haben wir die Sozialversicherungsbeiträge bereits auf unter 40 % gesenkt. Das entlastet Beschäftigte und Unternehmen. Die Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten bleibt auch weiterhin Eckpfeiler unserer Politik für neue Arbeitsplätze.

Unser Anliegen ist es, auch zukünftig Strukturreformen durchzuführen, um die Zielgenauigkeit und Wirtschaftlichkeit der sozialen Sicherungssysteme zu verbessern.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat für die nächsten vier Jahre erhebliche Steuermehreinnahmen angekündigt. Wie erwartet melden sich jetzt die üblichen Verdächtigen und schlagen vor, wie das Geld am besten zu verteilen ist. Auch der Wirtschaftsminister erliegt der Versuchung, Steuer- und Abgabengeschenke auszuteilen. Nach seiner Ansicht sind weitere Steuer- und Abgabensenkungen sinnvoll und verantwortbar. Diese Auffassung teilen wir angesichts der derzeitigen Haushaltslage nicht. Glos treibt also das Spiel „Wünsch Dir was“. Er will nicht nur den Gesamthaushalt konsolidieren, sondern auch die staatlichen Investitionen steigern und gleichzeitig die Steuern und Abgaben senken. Dabei lässt er völlig offen, wie diese Ziele zu vereinbaren sind. Glos fordert Steuersenkungen, ist aber selbst nicht bereit, in seinem Wirtschaftsetat bei den anstehenden Haushaltsgesprächen auf Mehrausgaben zu verzichten. Dies zeigt, wie ernst er es mit seinen eigenen Forderungen meint.

Liebe Genossinnen und Genossen, im Interesse der Menschen dürfen wir uns nicht zu leeren Versprechungen und plakativen Forderungen hinreißen lassen, wie sie Michael Glos formuliert hat. Lasst uns stattdessen offensiv in unseren Wahlkreisen die oben skizzierte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik vertreten.

Herzliche Grüße

Euer

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Wend', with a stylized, cursive script.

Rainer Wend